

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes
zu dem Vertrag vom 14. Mai 1996
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Venezuela
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

A. Zielsetzung

Verstärkung der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen durch Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen.

B. Lösung

Völkerrechtliche Absicherung von Direktinvestitionen, insbesondere durch Gewährleistung des freien Transfers von Kapital und Erträgen, Vereinbarung von Inländerbehandlung und Meistbegünstigung, Enteignungsschutz und Entschädigungspflicht sowie Rechtsweggarantie und internationaler Schiedsgerichtsbarkeit.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Keine

2. Vollzugsaufwand

Es entsteht kein Vollzugsaufwand.

E. Sonstige Kosten

Kosten für die Wirtschaft und für soziale Sicherungssysteme entstehen nicht.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
031 (412) – 651 09 – Ka 107/97

Bonn, den 27. Oktober 1997

An die
Präsidentin des
Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 14. Mai 1996 zwischen der
Bundesrepublik Deutschland und der Republik Venezuela über die För-
derung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Gesetzentwurf ist vom Bundesministerium für Wirtschaft und vom
Auswärtigen Amt gemeinsam erstellt worden.

Der Bundesrat hat in seiner 717. Sitzung am 17. Oktober 1997 gemäß Arti-
kel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf
keine Einwendungen zu erheben.

Dr. Helmut Kohl

Entwurf
Gesetz
zu dem Vertrag vom 14. Mai 1996
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Venezuela
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Caracas am 14. Mai 1996 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Venezuela über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen sowie dem dazugehörigen Protokoll vom selben Tage wird zugestimmt. Der Vertrag und das Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 12 Abs. 2 und das Protokoll in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz**Zu Artikel 1**

Auf den Vertrag findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil das im Vertrag vereinbarte Diskriminierungsverbot sich auch auf Steuern bezieht, deren Aufkommen den Ländern oder den Gemeinden ganz oder zum Teil zufließt.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel 12 Abs. 2 und das Protokoll in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet. Auswirkungen auf die Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten, da es sich um einen Rechtsrahmen handelt, der über den in der Bundesrepublik Deutschland ohnehin bestehenden Rechtsschutz nicht hinausgeht.

Kosten bei Wirtschaftsunternehmen, insbesondere bei mittelständischen Unternehmen entstehen durch die Ausführung des Gesetzes nicht, da es ausschließlich einen erweiterten völkerrechtlichen Rechtsschutz für Investitionen in Venezuela schafft.

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Venezuela
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Tratado
entre la República Federal de Alemania
y la República de Venezuela
para la Promoción y Protección Recíproca de Inversiones

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Venezuela –

La República Federal de Alemania
y
la República de Venezuela,

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Für die Zwecke dieses Vertrags

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen“ alle Arten von Vermögenswerten, insbesondere aber nicht ausschließlich
 - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
 - b) Aktien, Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
 - c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
 - d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;
 - e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen;

eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;
2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage entfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;
3. bezeichnet der Begriff „Staatsangehörige“
 - a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
 - b) in bezug auf die Republik Venezuela:
Venezolaner im Sinne der venezolanischen Rechtsvorschriften;

con el deseo de intensificar la cooperación económica entre ambos Estados,

con el propósito de crear condiciones favorables para las inversiones de los nacionales o sociedades de cada uno de los dos Estados en el territorio del otro Estado,

reconociendo que la promoción y la protección de esas inversiones mediante un tratado pueden servir para estimular la iniciativa económica privada e incrementar el bienestar de ambos pueblos,

han convenido lo siguiente:

Artículo 1

A los fines del presente Tratado

1. El concepto de “inversiones” designa todo tipo de activo, en particular, pero no exclusivamente:
 - a) la propiedad de bienes muebles e inmuebles y demás derechos reales, tales como hipotecas y derechos de prenda;
 - b) las acciones, derechos de participación en sociedades y otros tipos de participaciones en sociedades;
 - c) los derechos a fondos empleados para crear un valor económico o a prestaciones que tengan un valor económico;
 - d) los derechos de propiedad intelectual, tales como los derechos de autor, patentes, modelos de utilidad, diseños y modelos industriales y comerciales, marcas, nombres comerciales, secretos industriales y comerciales, procedimientos tecnológicos, “know how” (conocimientos técnicos y gerenciales) y “good will” (prestigio y clientela);
 - e) las concesiones otorgadas por entidades de derecho público, incluidas las concesiones de prospección y explotación;

las modificaciones en las formas de inversión de los activos no afectan en su carácter de inversiones.
2. El concepto de “ingresos” designa las sumas obtenidas de una inversión, tales como las participaciones en los beneficios, los dividendos, los intereses, los derechos de licencia u otras remuneraciones.
3. El concepto de “nacionales” designa:
 - a) con referencia a la República Federal de Alemania:
los alemanes en el sentido de la Ley Fundamental de la República Federal de Alemania;
 - b) con referencia a la República de Venezuela:
los venezolanos en el sentido de las disposiciones legales vigentes en Venezuela.

4. bezeichnet der Begriff „Gesellschaften“ juristische Personen sowie Handelsgesellschaften oder sonstige Gesellschaften oder Vereinigungen mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet einer der Vertragsparteien haben, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig entsprechend den allgemein anerkannten Regeln und Grundsätzen des Völkerrechts behandeln.

(2) Dieser Vertrag findet Anwendung auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gemäß deren Gesetzgebung vorgenommen worden sind. Diese Kapitalanlagen genießen den vollen Schutz dieses Vertrags. Das gleiche gilt für Erträge aus der Kapitalanlage und im Falle ihrer Wiederanlage auch für deren Erträge.

(3) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter der tatsächlichen Kontrolle von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen ihrer Assoziation damit einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen rechtlichen Schutz und Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem geschäftsbüchsten Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich ver-

4. El concepto de “sociedades” designa todas las personas jurídicas, así como todas las sociedades comerciales y demás sociedades o asociaciones con o sin personería jurídica que tengan su sede en el territorio de una de las Partes Contratantes independientemente de que su actividad tenga o no fines de lucro.

Artículo 2

1. Cada una de las Partes Contratantes promoverá dentro de su territorio las inversiones de nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante y las admitirá de conformidad con sus disposiciones legales. En todo caso tratará las inversiones justa y equitativamente, según las reglas y principios generalmente reconocidos por el Derecho Internacional.

2. El presente Tratado se aplicará a las inversiones realizadas por nacionales o sociedades de una de las Partes Contratantes en el territorio de la otra Parte Contratante de acuerdo con las disposiciones legales de esta última. Esas inversiones gozarán de la plena protección del presente Tratado. Lo mismo se aplicará a los ingresos derivados de inversiones y, en el caso de que sean reinvertidos, a los ingresos derivados de la reinversión.

3. Ninguna de las Partes Contratantes obstaculizará en su territorio la administración, la utilización, el uso o el goce de las inversiones de nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante a través de medidas arbitrarias o discriminatorias.

Artículo 3

1. Ninguna de las Partes Contratantes someterá en su territorio a las inversiones que sean propiedad de nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante o estén bajo su control efectivo, a un trato menos favorable que el que se conceda a las inversiones de sus propios nacionales y sociedades o a las inversiones de nacionales y sociedades de terceros Estados.

2. Ninguna de las Partes Contratantes someterá en su territorio a los nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante, en cuanto se refiere a sus actividades relacionadas con las inversiones, a un trato menos favorable que a sus propios nacionales y sociedades o a los nacionales y sociedades de terceros Estados.

3. Dicho trato no se extenderá a los privilegios que una de las Partes Contratantes conceda a los nacionales y sociedades de terceros Estados por formar parte de una unión aduanera o económica, un mercado común o una zona de libre comercio o por asociación a tales agrupaciones.

4. El trato acordado por el presente artículo no se extenderá a las ventajas que una de las Partes Contratantes conceda a los nacionales o sociedades de terceros Estados como consecuencia de un acuerdo para evitar la doble imposición o de otros acuerdos en materia impositiva.

Artículo 4

1. Las inversiones de nacionales o sociedades de una de las Partes Contratantes gozarán de protección y seguridad jurídicas plenas en el territorio de la otra Parte Contratante.

2. Las inversiones de nacionales o sociedades de una de las Partes Contratantes sólo podrán, en el territorio de la otra Parte Contratante, ser expropiadas, nacionalizadas o sometidas a otras medidas que en sus efectos equivalgan a expropiación o nacionalización, por causas de utilidad pública, y deberán en tal caso ser indemnizadas. La indemnización deberá corresponder al valor que tenga la inversión expropiada inmediatamente antes de la fecha de hacerse pública la expropiación, la nacionalización o la medida equivalente, efectiva o inminente. La indemnización deberá abonarse sin demora y devengará intereses hasta la fecha de su pago según el tipo de interés comercial normal; deberá ser efectivamente realizable y transferible en moneda de

wertbar und in frei konvertierbarer Währung transferierbar sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem Verfahren vor den zuständigen Gerichten nachgeprüft werden können.

(3) Greift eine Vertragspartei gemäß Absatz 2 in die Vermögenswerte einer Gesellschaft ein, an der Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei beteiligt sind, so leistet sie hinsichtlich dieser Beteiligung entsprechende Entschädigung nach Absatz 2.

(4) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

Artikel 5

(1) Jede Vertragspartei gewährleistet den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den uneingeschränkten Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung der in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe c genannten Darlehen;
- d) der Arbeitsentgelte;
- e) des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- f) der Entschädigungen nach Artikel 4 Absätze 2 und 3;
- g) der Entschädigung nach Artikel 4 Absatz 4, soweit sie in Geld geleistet wird.

(2) Der Transfer erfolgt unverzüglich zu dem jeweils gültigen Marktkurs.

Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei oder ein von ihr bevollmächtigtes Unternehmen ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung, die zur Deckung nicht kommerzieller Risiken für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei übernommen wurde, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 9, die Kraft Gesetzes oder durch Rechtsgeschäft erfolgte Übertragung aller Rechte und Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften auf die erstgenannte Vertragspartei oder das von ihr bevollmächtigte Unternehmen an. Die andere Vertragspartei erkennt auch den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei oder des von ihr bevollmächtigten Unternehmens in diese Rechte und Ansprüche des Rechtsvorgängers nach Grund und Höhe an. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Rechte und Ansprüche gilt Artikel 5 entsprechend.

Artikel 7

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese

freie Convertibilität. La legalidad de la expropiación, nacionalización o medida equiparable, y el monto de la indemnización, deberán ser revisables en un procedimiento ante los tribunales competentes.

3. La Parte Contratante que adopte cualquiera de las medidas mencionadas en el párrafo 2 respecto de activos de una sociedad en la cual tengan participación nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante indemnizará a éstos de acuerdo con las reglas y principios establecidos en el párrafo 2 por la parte que les corresponda.

4. Los nacionales o sociedades de una de las Partes Contratantes que sufran pérdidas en sus inversiones por efecto de guerra u otro conflicto armado, revolución, estado de emergencia nacional o insurrección en el territorio de la otra Parte Contratante, no serán tratados por ésta menos favorablemente que sus propios nacionales y sociedades o que los nacionales y sociedades de terceros Estados, en lo referente a restituciones, compensaciones, indemnizaciones u otros resarcimientos.

Artículo 5

1. Cada Parte Contratante garantizará a los nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante la transferencia irrestricta de los pagos relacionados con una inversión, especialmente:

- a) del capital y de las sumas adicionales para el mantenimiento o ampliación de la inversión;
- b) de los ingresos;
- c) de la amortización de los préstamos definidos en el inciso c) del apartado 1 del artículo 1;
- d) de las retribuciones salariales;
- e) del producto de la venta o liquidación total o parcial de la inversión;
- f) de las indemnizaciones previstas en los párrafos 2 y 3 del artículo 4;
- g) de las indemnizaciones a que se refiere el párrafo 4 del artículo 4, cuando se trate de pagos en dinero.

2. La transferencia se efectuará sin demora, al tipo de cambio del mercado vigente para el momento de la misma.

Artículo 6

Si una Parte Contratante o una empresa autorizada por ella realiza pagos a sus nacionales o sociedades en virtud de una garantía para cubrir riesgos no comerciales otorgada a una inversión en el territorio de la otra Parte Contratante, esta última, sin perjuicio de los derechos que en virtud del artículo 9 corresponden a la primera Parte Contratante, reconocerá el traspaso por disposición legal o por acto jurídico de todos los derechos de aquellos nacionales o sociedades a la primera Parte Contratante o la empresa autorizada por ella. Asimismo, la otra Parte Contratante reconocerá la causa y el alcance de la subrogación de la primera Parte Contratante en estos derechos del titular anterior. Para la transferencia de los pagos en virtud de los derechos transferidos registrá, mutatis mutandis, el artículo 5.

Artículo 7

1. Si de las disposiciones legales de una de las Partes Contratantes o de las obligaciones emanadas del Derecho Internacional no contempladas en el presente Tratado, actuales o futuras, entre las Partes Contratantes, resultare una reglamentación general o especial en virtud de la cual deba concederse a las inversiones de los nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante un trato más favorable que el previsto en el presente Tra-

Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf die Behandlung von Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 8

Dieser Vertrag gilt auch für Angelegenheiten, die sich nach Inkrafttreten dieses Vertrags in bezug auf Kapitalanlagen ergeben, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gemäß deren Rechtsvorschriften vor Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben. Er gilt jedoch nicht für Meinungsverschiedenheiten über Angelegenheiten, die vor seinem Inkrafttreten entstanden sind.

Artikel 9

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheiten einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten über Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag in bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Staatsangehörigen oder der Gesellschaft einem Schiedsverfahren unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, wird die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsverfahren im Rahmen des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitions-

tado, dicha reglamentación prevalecerá sobre el presente Tratado, en cuanto sea más favorable.

2. Cada Parte Contratante cumplirá cualquier otro compromiso que haya contraído con relación al trato de las inversiones nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante en su territorio.

Artículo 8

El presente Tratado se aplicará también a los asuntos surgidos después de su entrada en vigor en relación a las inversiones efectuadas por los nacionales o sociedades de una Parte Contratante, conforme a las leyes y reglamentaciones de la otra Parte Contratante, en el territorio de esta última antes de la entrada en vigor del mismo. Sin embargo, no se aplicará a las controversias sobre asuntos anteriores a su vigencia.

Artículo 9

1. Las controversias que surjan entre las Partes Contratantes sobre la interpretación o aplicación del presente Tratado deberán, en lo posible, ser dirimidas por los Gobiernos de ambas Partes Contratantes.

2. Si una controversia no pudiera ser dirimida de esa manera, será sometida a un tribunal arbitral a petición de cualquiera de las Partes Contratantes.

3. El tribunal arbitral será constituido ad-hoc; cada Parte Contratante nombrará un miembro, y los dos miembros se pondrán de acuerdo para elegir como presidente a un nacional de un tercer Estado, que será nombrado por los Gobiernos de ambas Partes Contratantes. Los miembros serán nombrados dentro de un plazo de dos meses, el Presidente dentro de un plazo de tres meses, después de que una de las Partes Contratantes haya comunicado a la otra que desea someter la controversia a un tribunal arbitral.

4. Si los plazos previstos en el párrafo 3 no fueren observados, y a falta de otro arreglo, cada Parte Contratante podrá invitar al Presidente de la Corte Internacional de Justicia a proceder a los nombramientos necesarios. En caso de que el Presidente sea nacional de una de las Partes Contratantes o se halle impedido por otra causa, corresponderá al Vicepresidente efectuar los nombramientos. Si el Vicepresidente también fuere nacional de una de las dos Partes Contratantes o si se hallare también impedido, corresponderá efectuar los nombramientos al miembro de la Corte que siga inmediatamente en el orden jerárquico y no sea nacional de ninguna de las Partes Contratantes.

5. El tribunal arbitral tomará sus decisiones por mayoría de votos. Sus decisiones serán obligatorias. Cada Parte Contratante sufragará los gastos ocasionados por la actividad de su árbitro, así como los gastos de su representación en el procedimiento arbitral; los gastos del Presidente, así como los demás gastos, serán sufragados por partes iguales por las dos Partes Contratantes. Por lo demás, el tribunal arbitral determinará su propio procedimiento.

Artículo 10

1. Las controversias que surjan entre una de las Partes Contratantes y un nacional o una sociedad de la otra Parte Contratante sobre derechos y obligaciones derivadas del presente Tratado en relación con las inversiones deberán, en lo posible, ser amigablemente dirimidas entre las partes en la controversia.

2. Si una controversia no pudiere ser dirimida dentro del plazo de seis meses, contado desde la fecha en que una de las partes en la controversia la haya hecho valer, será sometida, a petición del nacional o de la sociedad, a un procedimiento arbitral. En la medida en que las partes en la controversia no lleguen a un arreglo en otro sentido, la controversia se someterá a un procedimiento arbitral conforme al Convenio sobre Arreglo de Diferencias relativas a Inversiones entre Estados y Nacionales de otros

streitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten unterworfen.

(3) Das Schiedsgericht trifft seine Entscheidungen auf der Grundlage dieses Vertrags und gegebenenfalls anderer zwischen den Vertragsparteien geltender Übereinkünfte, des nationalen Rechts der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Investition belegen ist, einschließlich der Regeln des Internationalen Privatrechts und der allgemeinen Rechtsgrundsätze des Völkerrechts.

(4) Das Schiedsgericht stellt in seinem Schiedsspruch fest, ob das Verhalten der Vertragspartei mit dem Vertrag vereinbar ist. Für den Fall, daß das Schiedsgericht einen Verstoß der Vertragspartei gegen ihre Verpflichtungen aus diesem Vertrag feststellt, befindet es über die dem Staatsangehörigen oder der Gesellschaft gegebenenfalls entstandenen Schäden und beschränkt sich im Schadensfall darauf, die sich hieraus für die Vertragspartei ergebenden finanziellen Verpflichtungen festzulegen.

(5) Der Schiedsspruch ist bindend und unterliegt keinen anderen als den in dem in Absatz 2 genannten Übereinkommen vorgesehenen Rechtsmitteln oder sonstigen Rechtsbehelfen. Die in Absatz 4 genannten finanziellen Verpflichtungen werden gemäß den Bestimmungen dieses Übereinkommens vollstreckt.

(6) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Staatsangehörige oder die Gesellschaft der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

Artikel 11

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artikel 12

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt fünfzehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf der ersten fünfzehn Jahre kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 11 noch für weitere fünfzehn Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Geschehen zu Caracas am 14. Mai 1996 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Por la República Federal de Alemania
E. E. Bracklo

Für die Republik Venezuela
Por la República de Venezuela
M. A. Burelli Rivas

Estados de 18 de marzo de 1965.

3. El tribunal arbitral decidirá sobre la base del presente Tratado y, en su caso, sobre la base de otros tratados vigentes entre las Partes, del derecho interno de la Parte Contratante en cuyo territorio esté situada la inversión, incluyendo sus normas de derecho internacional privado y de los principios generales del derecho internacional.

4. El tribunal arbitral, en su laudo, determinará si la conducta de la Parte Contratante se ha ajustado a lo estipulado en el presente Tratado. En caso de que el tribunal arbitral determine que la Parte Contratante ha incumplido sus obligaciones conforme a este Tratado, determinará los daños, si los hubiere, causados al nacional o sociedad. En caso de existir daños, se limitará a fijar las obligaciones monetarias resultantes para la Parte Contratante.

5. El laudo arbitral será obligatorio y no podrá ser objeto de otros recursos o demás acciones legales que los previstos en el Convenio mencionado en el párrafo 2. Las obligaciones monetarias a las que se refiere el párrafo 4 serán ejecutadas con arreglo a las disposiciones de dicho Convenio.

6. La Parte Contratante implicada en la controversia no alegará durante un procedimiento arbitral o la ejecución de un laudo arbitral el hecho de que el nacional o la sociedad de la otra Parte Contratante haya recibido una indemnización resultante de un seguro por una parte del daño o por el daño total.

Artículo 11

El presente Tratado regirá independientemente de que existan o no relaciones diplomáticas o consulares entre las Partes Contratantes.

Artículo 12

1. El presente Tratado está sujeto a ratificación. Los instrumentos de ratificación serán canjeados lo antes posible en Bonn.

2. El presente Tratado entrará en vigor un mes después de la fecha en que se haya efectuado el canje de los instrumentos de ratificación. Su validez será de quince años y se prolongará después por tiempo indefinido, a menos que una de las Partes Contratantes lo denuncie por escrito con un preaviso de doce meses antes de su expiración. Transcurridos los primeros quince años, el Tratado podrá denunciarse en cualquier momento, con un preaviso de doce meses.

3. Para inversiones realizadas antes de la fecha de terminación del presente Tratado, las disposiciones de los artículos 1 a 11 seguirán rigiendo durante los quince años subsiguientes a dicha fecha.

Hecho en Caracas, el 14 de mayo de 1996, en dos ejemplares originales, en idioma español y alemán cada uno, siendo ambos textos igualmente auténticos.

Protokoll

Protocolo

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Venezuela über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteile des Vertrags gelten:

(1) Zu Artikel 1

- a) Für die Feststellung, ob der Begriff „Gesellschaften“ nach Artikel 1 Absatz 4 anwendbar ist, wird auf ihren Sitz abgestellt, wobei hierunter der Ort zu verstehen ist, an dem die Gesellschaft ihre Hauptverwaltung hat.
- b) Artikel 1 Absatz 4 läßt die Gesetzgebung der Vertragsparteien bezüglich der Rechtspersönlichkeit von Gesellschaften unberührt.
- c) Der Vertrag gilt auch in den Hoheitsgebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandsockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Hoheitsgebieten erlaubt.

(2) Zu Artikel 3

- a) Eine Kapitalanlage steht insbesondere dann unter der tatsächlichen Kontrolle von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei, wenn diese an einer Gesellschaft im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nicht unwesentlich beteiligt sind und an den Entscheidungen der Gesellschaft wesentlich mitwirken.
- b) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 sind insbesondere, aber nicht ausschließlich, anzusehen: weniger günstige Behandlung beim Bezug von Rohstoffen und anderen Zulieferungen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art und beim Absatz von Erzeugnissen im In- und Ausland. Maßnahmen, die aus Gründen der inneren und äußeren Sicherheit und öffentlichen Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.
- c) Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Personen und Gesellschaften gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszudehnen.
- d) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von
 - i) Staatsangehörigen der einen Vertragspartei, die als Investoren;
 - ii) anderen Personen, die zur Ausübung einer qualifizierten Tätigkeitim Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich aufhalten wollen, wohlwollend prüfen. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis für diese Personen werden wohlwollend geprüft.

En el acto de la firma del Tratado entre la República Federal de Alemania y la República de Venezuela sobre Promoción y Protección Recíproca de Inversiones, los plenipotenciarios abajo firmantes han adoptado las siguientes disposiciones, que se consideran como parte integrante del Tratado:

(1) Ad artículo 1:

- a) Para determinar si el concepto de “sociedades” de acuerdo a lo dispuesto en el artículo 1, párrafo 4, es aplicable, se atenderá a su sede, la cual se entenderá como lugar en el que la sociedad tenga su administración principal.
- b) El artículo 1, párrafo 4 no afecta a la legislación de cada Parte Contratante relativa a la personería jurídica de las sociedades.
- c) El Tratado se aplicará también a las áreas de la Zona Económica Exclusiva y de la Plataforma Continental sobre las cuales el Derecho Internacional conceda a la Parte Contratante correspondiente derechos de soberanía o jurisdicción.

(2) Ad artículo 3:

- a) Se considerará especialmente que una inversión está bajo el control efectivo de nacionales o sociedades de una Parte Contratante, cuando éstos mantengan participaciones sustanciales en una sociedad en el territorio de la otra Parte Contratante y participen de forma significativa sus decisiones.
- b) Por “actividades” en el sentido del párrafo 2 del artículo 3 se considerarán, en especial, pero no exclusivamente, la administración, la utilización, el uso y el aprovechamiento de una inversión. Se considerarán, en especial, pero no exclusivamente como trato “menos favorable” en el sentido del artículo 3 a las condiciones menos favorables para una inversión que afecten a la adquisición de materias primas y otros insumos, energía y combustibles, así como de medios de producción y de explotación de toda clase, o a la venta de productos en el interior del país y en el extranjero. No se considerarán como trato “menos favorable” en el sentido del artículo 3 las medidas que se adopten por razones de seguridad interna o externa y orden público, sanidad pública o moralidad.
- c) Las disposiciones del artículo 3 no obligan a una Parte Contratante a extender las ventajas, exenciones y reducciones fiscales que según las leyes tributarias sólo se concedan a las personas naturales residentes en su territorio o a las sociedades que tengan su sede en él a las personas naturales residentes en el territorio de la otra Parte Contratante o a las sociedades que tengan su sede en el territorio de la otra Parte Contratante.
- d) Cada Parte Contratante, de acuerdo con sus disposiciones legales internas, considerará con buena disposición las solicitudes de inmigración y residencia de:
 - i) nacionales de la otra Parte Contratante que soliciten ingresar a su territorio como inversores, y
 - ii) personas que vayan a ejercer una actividad calificada en relación con una inversión.Igualmente considerarán con buena disposición las solicitudes de permiso de trabajo para esas personas.

(3) Zu Artikel 5

- a) Arbeitsentgelte gemäß Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe d sind diejenigen der Personen, die auf Betreiben des Investors zur Ausübung einer qualifizierten Tätigkeit im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage eingereist sind.
- b) Als unverzüglich durchgeführt im Sinne des Artikels 5 Absatz 2 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Durchführung eines Transfers erforderlich ist. Diese Frist darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.
- c) Für den Fall daß ein freier Devisenmarkt nicht besteht, werden Transfers nach Artikel 5 zu einem Kurs vorgenommen, der nicht wesentlich von dem Kreuzkurs (cross-rate) abweichen soll, der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

(4) Zu Artikel 10

- a) Solange die Republik Venezuela nicht Vertragsstaat des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten ist, wird die Meinungsverschiedenheit, sowie die an der Streitigkeit beteiligten Parteien keine andere Regelung treffen, einem Schiedsverfahren vor dem Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten nach den Regeln der Additional Facility für die Verwaltung von Verfahren durch das Sekretariat des Zentrums (Regeln über die Additional Facility) unterworfen.
- b) Ist ein Schiedsverfahren nach den Regeln der Additional Facility nicht möglich, wird die Meinungsverschiedenheit auf Antrag des Staatsangehörigen oder der Gesellschaft einem ad-hoc-Schiedsverfahren nach den UNCITRAL-Schiedsregeln unterworfen.
- c) Die Bestimmungen des Artikels 10, Absätze 3 bis 6 gelten entsprechend in den unter den Buchstaben a und b genannten Fällen.

(5) Unbeschadet der zwischen den beiden Vertragsparteien geltenden internationalen Übereinkünfte schränkt keine der Vertragsparteien die Freiheit des Kapitalanlegers ein, für die Beförderung von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit seiner Kapitalanlage stehen, ein Transportunternehmen seiner Wahl zu beauftragen. Die Vertragspartei erteilt die für die Beförderung gegebenenfalls erforderlichen Genehmigungen.

Geschehen zu Caracas am 14. Mai 1996 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

(3) Ad artículo 5:

- a) Las retribuciones salariales a las que se refiere el artículo 5, párrafo 1, literal d) son las de personas que, por iniciativa del inversor, han ingresado al territorio para ejercer actividades calificadas en relación con la inversión.
- b) Se considerarán efectuadas "sin demora" en el sentido del artículo 5, párrafo 2, las transferencias realizadas dentro del plazo normalmente necesario para la ejecución de una transferencia. Este plazo bajo ninguna circunstancia excederá de dos meses.
- c) En caso de no existir un mercado libre de cambio, las transferencias a las que se refiere el artículo 5 se efectuarán a un tipo de cambio que no deberá diferir substancialmente del tipo cruzado (cross rate) resultante de los tipos de cambio que el Fondo Monetario Internacional aplicaría en la fecha de pago al cambio de las monedas correspondientes en derechos especiales de giro.

(4) Ad artículo 10:

- a) Mientras la República de Venezuela no se haya hecho Parte del Convenio sobre el Arreglo de Diferencias relativas a Inversiones entre Estados y Nacionales de otros Estados de 18 de marzo de 1965, la controversia será sometida a un procedimiento arbitral ante el Centro Internacional para el Arreglo de Diferencias relativas a Inversiones conforme a las reglas que rigen el Mecanismo Complementario para la Administración de Procedimientos por la Secretaría del Centro (Reglas sobre el Mecanismo Complementario), en cuanto las partes en la controversia no hayan llegado a otro arreglo.
- b) En caso de que no fuera posible recurrir al procedimiento arbitral conforme a las Reglas sobre el Mecanismo Complementario, la controversia será sometida, a petición del nacional o de la sociedad, a un procedimiento arbitral ad-hoc, según la Reglas de Arbitraje de la Comisión de las Naciones Unidas para el Derecho Mercantil Internacional.
- c) Los párrafos 3, 4, 5 y 6 del artículo 10 se aplicarán, mutatis mutandis, a los casos señalados en los párrafos a) y b).

(5) Sin perjuicio de las normas de cualquier otro acuerdo internacional que rija entre las Partes Contratantes, ninguna de las Partes Contratantes restringirá la libertad del inversor de utilizar la empresa de transporte de su elección para el transporte de mercaderías y personas en relación con su inversión. A tal efecto, cada Parte Contratante concederá las autorizaciones necesarias.

Hecho en Caracas, el 14 de mayo de 1996, en dos ejemplares originales, en idioma español y alemán cada uno, siendo ambos textos igualmente auténticos.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Por la República Federal de Alemania
E. E. Bracklo

Für die Republik Venezuela
Por la República de Venezuela
M. A. Burelli Rivas

Denkschrift zum Vertrag

I. Allgemeines

Die Bundesrepublik Deutschland unterstützt den wirtschaftlichen Aufbau der Entwicklungsländer durch eine Reihe von Maßnahmen. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Förderung privater Kapitalanlagen in Entwicklungsländern. Private Kapitalanlagen sind in besonderem Maße geeignet, die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder zu fördern und ihre außenwirtschaftlichen Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland zu verstärken. Investitionen der privaten Wirtschaft vermitteln neben Risikokapital vor allem auch technisches Wissen und unternehmerische Erfahrung.

Ein Mittel zur Förderung von Direktinvestitionen ist der Abschluß von Investitionsförderungsverträgen. Diese Verträge dienen der Förderung und dem Schutz privater Kapitalanlagen in Entwicklungsländern, indem sie bestimmte Rahmenbedingungen in völkerrechtlich verbindlicher Form festlegen.

Der Vertrag ist ferner eine wichtige Voraussetzung für die Übernahme von Bundesgarantien gegen politische Risiken. Nach den Bestimmungen des Haushaltsgesetzes kann der Bund derartige Garantien grundsätzlich nur dann übernehmen, wenn mit dem betreffenden Land ein Investitionsförderungs- und -schutzvertrag besteht.

Der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Venezuela entspricht im wesentlichen dem deutschen Mustervertrag, der auch Grundlage zahlreicher entsprechender Verträge mit anderen Ländern Lateinamerikas ist.

II. Zu den Vertragsbestimmungen

Der Vertrag besteht aus 12 Artikeln; ihm ist ein Protokoll beigelegt.

Zu Artikel 1

Die Bestimmung enthält die Definition der Begriffe „Kapitalanlagen“, „Erträge“ sowie „Staatsangehörige“ und „Gesellschaften“. In Protokollnummer 1 Buchstabe a und b wird die Definition der Gesellschaften weiter konkretisiert.

Nach Protokollnummer 1 Buchstabe c gilt der Vertrag auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandsockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung enthält die allgemeine Förderungs- und Zulassungsklausel sowie das Prinzip einer gerechten und billigen Behandlung. Jede Seite sichert ferner zu, Kapitalanlagen von Investoren der anderen Seite nicht zu diskriminieren. Die nach den Rechtsvorschriften des jeweiligen Landes vorgenommenen Kapitalanlagen genießen den vollen Schutz des Vertrags. Das gleiche gilt für Erträge aus der Kapitalanlage.

Zu Artikel 3

Hier ist der Grundsatz der Inländerbehandlung und der Meistbegünstigung niedergelegt. In der Protokollnummer 2 Buchstabe a wird ausgeführt, wann eine Kapitalanlage unter der tatsächlichen Kontrolle eines Investors der anderen Vertragspartei steht. In Protokollnummer 2 Buchstabe b werden einige Beispiele einer nach dem Vertrag unzulässigen Schlechterbehandlung aufgeführt. Protokollnummer 2 Buchstabe c stellt klar, daß die Gewährung bestimmter steuerlicher Vergünstigungen an Gebietsansässige nicht im Widerspruch zum Gebot der Inländerbehandlung steht. Protokollnummer 2 Buchstabe d enthält eine Wohlwollensklausel zur Anwendung der innerstaatlichen Rechtsvorschriften hinsichtlich Einreise, Aufenthalt und Arbeitserlaubnis im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung behandelt den Enteignungsschutz sowie die Entschädigungspflicht und gewährt den ordentlichen Rechtsweg bei Enteignungsmaßnahmen. Eine Enteignung oder Verstaatlichung ist nur zum allgemeinen Wohl und gegen wertentsprechende Entschädigung zulässig. Eine Entschädigungspflicht besteht auch bei staatlichen Eingriffen in das Unternehmen, an dem der Investor beteiligt ist. Bei Verlusten an Kapitalanlagen infolge Krieg, Staatsnotstand oder sonstiger Ausnahmesituationen wird Inländerbehandlung und Meistbegünstigung im Falle einer Entschädigung zugesichert.

Zu Artikel 5

Die Bestimmung enthält das wichtige Prinzip des freien Transfers von Kapital und Erträgen. Danach wird der Transfer von Kapital und Erträgen, der Rückzahlung von Darlehen, der in Protokollnummer 3 Buchstabe a definierten Arbeitsentgelte, des Erlöses im Falle der Liquidation oder Veräußerung einer Kapitalanlage sowie der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigung gewährleistet.

Protokollnummer 3 enthält in Buchstabe b und c Bestimmungen über die Transferfrist sowie über den anzuwendenden Wechselkurs.

Zu Artikel 6

Die Bestimmung enthält den Grundsatz der Subrogation. Sie stellt sicher, daß die Bundesrepublik Deutschland im Falle einer Entschädigungszahlung an den deutschen Investor aufgrund einer Bundesgarantie gegen politische Risiken die auf sie übergegangenen Rechte und Ansprüche des Investors im eigenen Namen gegenüber dem Vertragspartner geltend machen kann.

Zu Artikel 7

Günstigere Regelungen für den Investor, sei es nach dem Recht des Anlagelandes oder aufgrund einer völkerrechtlichen Verpflichtung, gehen vor (sog. Besserstellungsklausel). Zugleich sichern die Vertragsparteien zu, daß sie dem Investor gegenüber eingegangene Verpflichtungen einhalten werden.

Zu Artikel 8

Der Vertrag gilt auch für Altinvestitionen, die vor seinem Inkrafttreten vorgenommen worden sind. Er gilt jedoch in keinem Fall für Meinungsverschiedenheiten über Angelegenheiten, die vor seinem Inkrafttreten entstanden sind.

Zu Artikel 9

Die Bestimmung sieht das übliche Schiedsverfahren bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung des Vertrags vor.

Zu Artikel 10

Dieser Artikel sieht eine internationale Schiedsgerichtsbarkeit bei Meinungsverschiedenheiten über Rechte und Pflichten aus dem Vertrag zwischen einem Investor und dem jeweiligen Gaststaat vor. Dabei haben sich die Entscheidungen des internationalen Schiedsgerichts auf die finanziellen Verpflichtungen zu beschränken, die sich im Schadensfall für die betroffene Vertragspartei aus einem Verstoß gegen diesen Vertrag ergeben.

In Protokollnummer 4 Buchstaben a bis c werden Einzelheiten über das anzurufende internationale Schiedsgericht sowie seine Zusammensetzung geregelt.

Zu Artikel 11

Der Vertrag enthält die übliche Fortgeltungsklausel, falls keine diplomatischen oder konsularischen Beziehungen bestehen sollten.

Zu Artikel 12

Der Vertrag steht unter dem Vorbehalt der Ratifikation. Nach dem Inkrafttreten gilt der Vertrag zunächst für fünfzehn Jahre und wird sodann – mit zwölfmonatiger Kündigungsfrist – auf unbestimmte Zeit verlängert. Im Falle einer Kündigung bleiben die bis zum Außerkrafttreten des Vertrags vorgenommenen Kapitalanlagen noch weitere fünfzehn Jahre lang geschützt.

Zum Protokoll

Das Protokoll enthält eine Reihe von Erläuterungen und Ausführungsbestimmungen, die Bestandteil des Vertrags sind. Abgesehen von dem im Zusammenhang mit den jeweiligen Artikeln erwähnten Bestimmungen enthält das Protokoll in Nummer 5 ein Behinderungsverbot bei Beförderungen von Gütern und Personen im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage.

